



Richtplan der Stadt St.Gallen

Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahrens zum Richtplanentwurf des Stadtrates vom 4. Mai 2010

Der Stadtrat hat den Entwurf für den Richtplan der Stadt St.Gallen im August 2010 für das Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren veröffentlicht. In einem ersten Schritt wurde die Richtplanung dem Stadtparlament vorgestellt, anschliessend folgte ein breites Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren mit zahlreichen Orientierungsveranstaltungen für interessierte Organisationen und für die Bevölkerung.

Neben den Mitgliedern des Stadtparlamentes erhielten die folgenden Organisationen die Unterlagen mit der Einladung zur Stellungnahme zugestellt:

- 18 Politische Parteien oder Untergruppen von politischen Parteien
- 18 Quartiervereine, Anwohnerorganisationen etc.
- 12 Wirtschaftsverbände
- 6 Verkehrsverbände
- 5 Umwelt, Natur- und Heimatschutzverbände
- 6 Fachverbände Architektur und Planung
- 13 Nachbar- und Regionsgemeinden, Ortsbürgergemeinden und Kantone.

Besonders einbezogen wurde der Kanton St.Gallen mit den verschiedenen kantonalen Fachstellen, die oft bereits auch bei der Erarbeitung des Richtplanes schon mitwirkten. Die entsprechenden Eingaben sind, wie auch die internen Vorschläge der verschiedenen städtischen Fachleute, im definitiven Richtplan des Stadtrates soweit nötig berücksichtigt worden.

Es wurde sodann auf verschiedensten Wegen darauf aufmerksam gemacht, dass die Möglichkeit zur Stellungnahme für alle Interessierten offensteht und unentgeltlich der Richtplanordner bestellt oder im Rathaus und Amtshaus abgeholt werden kann. Von dieser Möglichkeit wurde denn auch rege Gebrauch gemacht. Eine grosse Zahl von Exemplaren des Richtplanorders wurde im Laufe der Vernehmlassung und Mitwirkung an Einzelpersonen, Schulen, Vereine etc. abgegeben. Die gesamten Unterlagen waren auch im Internet einsehbar. Es ist davon auszugehen, dass auch diese Möglichkeit intensiv genutzt wurde.

Die Frist für die Einreichung von Stellungnahmen und Vorschlägen wurde von ursprünglich Ende 2010 auf Ende Februar 2011 erstreckt. Die Vernehmlassung und Mitwirkung war also vom Mai 2010 bis Februar 2011 möglich. Insgesamt gingen rund 440 Vernehmlassungen ein. Den grössten Anteil machten die Stellungnahmen Privater aus (385), wobei davon rund 320 ausschliesslich die Thematik Waltramsberg betrafen. Von den Organisationen gingen in



der Regel umfassende Stellungnahmen ein, und zwar 25 Eingaben von Verbänden und Unternehmen, 9 Stellungnahmen von Politischen Parteien, 12 Stellungnahmen von Quartiervereinen und 8 Stellungnahmen von Gemeinden und Kantonen.

In einem umfassenden Mitwirkungsbericht sind sämtliche Eingaben (ohne Fachstellungennahmen von städtischen und kantonalen Ämtern) erfasst und aus fachlicher Sicht beurteilt worden. Die tabellarische Zusammenstellung umfasst rund 180 Seiten und bildete die Grundlage für die Überarbeitung des Richtplans. Dieser Gesamtbericht kann im Internet eingesehen werden (www.stadt.sg.ch).

Dieser Bericht enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungs- und Mitwirkungsverfahrens. Er zeigt die wichtigsten eingegangenen Einwände und Vorschläge. Dargestellt wird sodann, ob und wenn ja in welcher Weise die Eingaben im nun vorliegenden Richtplan des Stadtrates berücksichtigt wurden. Die Gliederung dieses Berichtes entspricht der Gliederung des Richtplanes (Ordner).

Einleitung

Grundzüge der räumlichen Entwicklung – die politische Grundlegung

In einigen Einwendungen wurde eine fehlende Strategie bemängelt. Die Strategie für den Richtplan ist aber vorgegeben: Das strategische Gerüst für den Richtplan wird durch die vom Parlament im Jahre 2006 genehmigten „Grundzüge der räumlichen Entwicklung“ mit vier vom Parlament besonders definierten Ergänzungen gebildet. Diese parlamentarischen Festlegungen waren für den Stadtrat und die Verwaltung bei der Erarbeitung des Richtplanes verbindlich.

Damit die grundlegende strategische Bedeutung dieser Grundzüge – die im Vernehmlassungsexemplar in den Anhängen wiedergegeben waren – besser deutlich wird, wurde der Text der Grundzüge der räumlichen Entwicklung dem Richtplan vorangestellt und bereits im Einleitungskapitel vollständig, aber farblich abgehoben, wiedergegeben.

Richtplankonzept – die räumliche Grundlegung

Verschiedene Einwendungen betrafen das Richtplankonzept. Die Verflechtung mit der Region bzw. Agglomeration werde zu wenig stark erkannt. Ein in die Zukunft gerichtetes Konzept wird vermisst.

Diese Kritik wurde im Rahmen der Überarbeitung aufgenommen. Das Richtplankonzept wurde mit einem Kapitel zum Raumentwicklungskonzept der Schweiz sowie mit dem Agglomerationsprogramm St.Gallen/Arbon-Rorschach ergänzt. Die Einbettung der Stadt St.Gallen in diese Konzepte und Programme wurde stärker hervorgehoben.



Siedlung

S0 Einleitung

Grundsätzliche Strategien

Verschiedene Eingaben verlangen eine stärkere Ausrichtung der Siedlungsentwicklung nach innen, dementsprechend mehr Zurückhaltung mit Erweiterungen am Stadtrand. Die weitere Ausdehnung des Siedlungsgebietes wird von den unterschiedlichen politischen Kreisen kontrovers diskutiert.

Wie bereits in den Grundzügen zur räumlichen Entwicklung festgelegt, gibt auch der Richtplan der Entwicklung nach innen eine hohe Priorität. Die Nutzung der inneren Reserven soll gezielt angegangen werden. So werden der Stadtrat und die Verwaltung verpflichtet, die entsprechenden planerischen Rahmenbedingungen auszuarbeiten und mit geeigneten Verfahren und Planungsinstrumenten festzulegen.

Stadtökologie

Aufgrund entsprechender Eingaben sind in den grundsätzlichen Richtplanausführungen zur Siedlungsthematik die Aspekte der Stadtökologie zusätzlich und stärker betont worden (S0 S. 3).

S1 Siedlungsstruktur

S1.2 Siedlungserweiterungen

Vorschläge des Stadtrates

Die im Richtplanentwurf vorgeschlagenen Flächen zur Erweiterung des Siedlungsgebietes werden je nach politischer Ausrichtung befürwortet oder abgelehnt. Am meisten Stellungnahmen gingen zur vorgeschlagenen Erweiterung „Waltramsberg“ ein. Rund 320 Einzelpersonen oder Personengruppen lehnen eine künftige Nutzung des Gebietes Waltramsberg als Wohngebiet ab. Bei den Parteien zeigt sich ein gespaltenes Bild. Die Parteien des bürgerlichen Spektrums stehen positiv, diejenigen des linken und grünen Spektrums negativ zum Vorschlag Waltramsberg. Kritisch beurteilt wird von einer grösseren Zahl von Eingaben auch die Erweiterung „Bernhardshus“

Der Stadtrat hat in den vom Parlament beschlossenen „Grundzügen der räumlichen Entwicklung“ klare quantitative Vorgaben für die Eruierung und Bereitstellung zusätzlicher Reserven für Wohnen und Arbeiten erhalten. Mit der Ausschöpfung der inneren Reserven und mit den vorgeschlagenen Erweiterungsflächen werden diese Vorgaben knapp erreicht. Aufgrund der Vernehmlassungseingaben hat der Stadtrat auch nochmals alle Vorschläge für die Siedlungserweiterungen überprüft. Aus sachlicher Sicht, aber auch in Berücksichtigung der



sehr kontroversen Eingaben ist der Stadtrat zum Ergebnis gekommen, dass der ursprüngliche Vorschlag nach wie vor richtig ist und die einzelnen Vorschläge weiter bearbeitet werden sollen. Die eigentliche Entscheidung wird allerdings erst mit den künftigen Zonenplanänderungen fallen, dann auch mit umfassenden, ausgearbeiteten Grundlagen. Der Richtplan gibt in diesem Sinne den Start zur näheren Prüfung.

Ergänzende Vorschläge aus den Eingaben

Verschiedene zusätzliche Anträge zur Erweiterung des Siedlungsgebietes wurden geprüft:

Überdeckung des Bahnareals St.Fiden:

Es wurde vorgeschlagen, durch eine Überdeckung des Bahnareals St.Fiden zusätzliche Flächen für die Entwicklung des Siedlungsgebietes zu gewinnen. Diese Idee ist im Hinblick auf das Kosten- / Nutzenverhältnis und aufgrund verschiedener technischer Probleme noch zu prüfen.

Gebiet Neuhof, Egg:

Eine künftige Bebauung des Gebietes Neuhof, Egg (nördlich des Gübsensees) wird vorläufig als wenig zweckmässig erachtet. Einerseits würde dadurch eine neue Geländekammer überbaut und das Naherholungsgebiet Gübsensee beeinträchtigt. Andererseits wird derzeit der Entwicklungsschwerpunkt St.Gallen West / Gossau Ost entwickelt. Diese sehr interessante Entwicklungsperspektive soll für den Richtplanzeitraum Vorrang haben.

Geissberg:

Es wird beantragt, die Geissbergkuppe zu bebauen. Diese Idee war bereits bei der letzten Zonenplanrevision umstritten und mit ein Grund für die Ablehnung des ersten Entwurfes von Bauordnung und Zonenplan 1997. Die Kuppe soll vor allem aus landschaftlichen Gründen freigehalten werden, als Kompensation soll bisheriges Landwirtschaftsland bei der Autobahn für wirtschaftliche Nutzungen zur Verfügung gestellt werden.

Sonnental/Riedererholz:

Eine Erweiterung des bestehenden Industrie- und Gewerbegebietes „Lerchentalstrasse“ in östliche Richtung wird als zweckmässige Ergänzung des Siedlungsgebietes beurteilt.
Das Gebiet Sonntal wird als Erweiterungsgebiet in den Richtplan aufgenommen.

Feldli:

Der im rechtsgültigen Zonenplan als übriges Gemeindegebiet festgelegte Bereich zwischen dem Gewerbegebiet Feldli und der Autobahn wird als nicht richtplanrelevant beurteilt, die Fläche ist zu klein. Bei konkreten Erweiterungsabsichten der bestehenden Betriebe soll aber im Rahmen von Teilzonenplanänderungen eine Erweiterung geprüft werden.

Bruggwisen:

Eine Erweiterung des Zonenplanes im Gebiet Bruggwisen ist im Zusammenhang mit konkreten Erweiterungsabsichten der Gewerbebetriebe vorstellbar. Im Richtplan soll dieses Gebiet jedoch nicht aufgenommen werden, möglich bleiben kleinere Zonenplananpassungen.



Falkenburg:

Es wird vorgeschlagen das Dreieck Schneebergstrasse - Falkenburgstrasse sowie die freie Fläche westlich Schneebergstrasse 27 einer Wohnzone zuzuweisen. Die Bebauung dieser Bereiche wird grundsätzlich als zweckmässig und möglich erachtet. Aufgrund der kleinen Flächen sind diese jedoch nicht in den Richtplan aufzunehmen, sondern ebenfalls im Rahmen einer Teilzonenplanänderung zu behandeln.

St.Georgen, Steingrübli und Geissbüel:

Die beiden Gebiete in St.Georgen wären von der Lage her durchaus interessant, sind aber topographisch schwierig. Es bestehen erhebliche Erschliessungsprobleme und Zweifel an der Bebaubarkeit der Gebiete. Auf eine Aufnahme der Gebiete in den Richtplan wird deshalb verzichtet.

Ölberg:

Das Gebiet Ölberg am östlichen Rand der Kinderfestwiese wird im Grundsatz als mögliches Erweiterungsgebiet für Wohnnutzung beurteilt. Offen sind die genaue Abgrenzung des Gebietes sowie Nutzungsdichte und Bebaubarkeit, sowie im Besonderen die politische Akzeptanz einer Einzonung des östlichen Teils der Kinderfestwiese – auch wenn die Fläche nicht unbedingt für das Kinderfest gebraucht wird.

Verschiedene Gebiete:

Verschiedene Eingaben fordern die Aufnahme der Gebiete Rosenbüchel, westlich Menzlenwald, Hafnerwald / östlich Menzlenwald, Watt, Bernegghang, Tal der Demut, Beckenhalde / Weierweid, Freudenberghang, Laderen östlich der Sonderstrasse, Notkersegg sowie der Hueb. Die Vorschläge betreffen sehr pauschal grossflächige Gebiete, sie werden auch nicht näher begründet. Teilweise handelt es sich hier um wichtige Teile des „Grünen Ringes“, teilweise um Gebiete, die bereits in früheren Zonenplandiskussionen sehr umstritten waren bzw. keine mehrheitliche Akzeptanz fanden. Der Stadtrat erachtet es nicht als zweckmässig, mit solchen Vorschlägen die Richtplandiskussion zu belasten. Die Vorschläge sind auch fachlich nicht zu vertreten. Auf eine weitere Verfolgung soll verzichtet werden.

S2 Wohn- und Siedlungsqualität

S2.2 Erhaltenswerte Siedlungsstrukturen

Die Altstadt sowie das UNESCO Weltkulturerbe werden als bedeutender Teil der Siedlungsstruktur nicht erfasst. Die entsprechenden Einwände sind richtig. Der Richtplan wurde entsprechend ergänzt, die Ausführungen und Richtplanbeschlüsse betreffen nun ausdrücklich auch die Erhaltung und den Schutz der Altstadt und besonders des Stiftsbezirks.

S3 Wirtschaft

S3.1 Wirtschaftsraum St.Gallen

Angebotsportfolio für Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe

Verschiedene Eingaben kritisieren die mangelnde Verfügbarkeit von Grundstücken und Arealen für die Ansiedlung und Entwicklung von Industrie und Gewerbe. Zudem wird der Mangel



an repräsentativen Büroräumlichkeiten in der Innenstadt erwähnt. Analog zum Portfolio für Wohnbauten wird ein Angebotsportfolio für Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe vorgeschlagen. Die entsprechenden Aussagen sind im Richtplan (Festsetzung b, Angebotsportfolio) aufgenommen.

S3.3 Publikumsintensive Einrichtungen

Anstelle der im Entwurf verwendeten Terminologie der verkehrsintensiven Einrichtungen wurde das Kapitel an die zukünftige Fassung des Kantonalen Richtplans angepasst. Neu sind die „Positivstandorte“ für publikumsintensive Einrichtungen im Richtplan aufgenommen, sie treten an die Stelle der bisherigen „G-“ und „K-“ Standorte. Inhaltlich haben sie aber eine analoge Bedeutung.

S5 Öffentliche Bauten und Anlagen

S5.2 Bildung

Universität St. Gallen

Die Raumsituation der Universität ist in verschiedenen Eingaben thematisiert. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen den universitätseigenen Räumen („Campus“) mit den Hörsälen, Seminarräumen, Bibliothek etc. und andere Betriebsräumen einerseits und den Räumen von Instituten und anderer universitätsnaher Einrichtungen andererseits. Am Universitätsstandort bestehen noch Entwicklungsreserven in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen im östlichen Teil des jetzigen Geländes. Für die weitere Entwicklung besteht derzeit eine intensive Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton. Der Richtplantext wurde an die neuesten Erkenntnisse angepasst.

S5.3 Kultur

Olma Messen

Die Bedeutung der Olma Messen für die Stadt St.Gallen wurde in einigen Eingaben hervorgehoben. Es wird eine Ergänzung des Richtplans vorgeschlagen. Die künftige Entwicklung des Messeareals wird im Richtplan berücksichtigt.

Landschaft

L1 Land- und Forstwirtschaft

In den Eingaben vor allem von linker und grüner Seite wird verschiedentlich ein stärkerer Schutz des Landwirtschaftsgebietes, im Besonderen auch die vermehrte Berücksichtigung der im kantonalen Richtplan enthaltenen „Fruchtfolgefächern“ (FFF) gefordert. Diese Forde-



rungen stehen natürlich in einem Konnex zur Thematik der Siedlungserweiterung und möglicher künftiger Einzonungen sowie im Einklang mit der Forderung nach (noch) stärkerer Ausrichtung auf die Siedlungsentwicklung nach innen.

Der Stadtrat hat diese Aspekte im Rahmen der Grundproblematik beurteilt. Er ist mit den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens darin bestätigt worden, dass der vorgeschlagene Weg mit einer starken Verdichtung nach innen, aber auch einer massvollen, aufgrund der Zielsetzungen für die Stadtentwicklung unumgänglichen Siedlungserweiterung an den geeigneten Standorten richtig ist und damit ein Mittelweg gefunden wurde. Zu berücksichtigen ist auch die Tatsache, dass die Stadt St.Gallen im Vergleich zu anderen Gemeinden nach wie vor eher bescheidene Baulandreserven ausscheidet. Mit dem vorgeschlagenen Richtplan werden die Interessen an einem Schutz der Landwirtschaftsflächen sehr weitgehend gewahrt. Der Stadtrat hält deshalb in dieser Beziehung am Vernehmlassungsentwurf fest.

Was die besondere Thematik der FFF angeht, so bedarf es gemäss Koordinationsblatt V11 des kantonalen Richtplans für die Inanspruchnahme einer solchen Fläche einer qualifizierten Interessenabwägung. Eine Einzonung ist nur dann möglich, wenn die Nutzungsreserven in der Bauzone (auch im weitgehend überbauten Gebiet) ausgeschöpft sind und demzufolge der Bedarf an zusätzlichem Bauland ausgewiesen ist. Bei Neueinzonungen in der FFF ist eine haushälterische Bodennutzung nachzuweisen (Zone höherer Dichte, in der Regel Sondernutzungsplan).

L2.2 Landschaftswerte

In einzelnen Eingaben wird die Ausdehnung der Landschaftsschutzzonen beanstandet und eine zu starke Beeinträchtigung der Entwicklung der entsprechenden oder benachbarter Gebiete befürchtet, so z.B. im Tal der Demut, in den Gebieten Geissberg, Gübsensee oder Laderen. Es wird dabei aber übersehen, dass hier nicht die Ausscheidung solcher Schutzgebiete, sondern die zugrundeliegende Zuteilung in die Grünzone oder die Landwirtschaftszone entscheidend ist. Mit dem Landschaftsschutz wird lediglich verlangt, dass in der Grünzone oder der Landwirtschaftszone zulässige Eingriffe rücksichtsvoll und naturschonend erfolgen müssen. Sollte künftig eine grundlegend andere Nutzung zulässig sein, müsste die Grundordnung geändert werden. In den angeführten Fällen ist dies aber nicht gegeben oder zumindest auf absehbare Zeit nicht notwendig oder nicht gerechtfertigt.

L3.1 Naherholungsgebiete

Es wird in einzelnen Eingaben beanstandet, dass die Richtplaninhalte hier zu wenig konkret und aussagekräftig seien. Es werden auch Details zur Verkehrserschliessung etc. für einzelne Gebiete verlangt.



Der Richtplan gibt die grundlegenden Zielsetzungen und Festlegungen vor. Auf dieser Basis müssen Massnahmenpläne erarbeitet werden, dies gilt auch für die Naherholungsgebiete. Es würde den Umfang der Richtplanung sprengen, wenn die im Richtplan in den Beschlüssen festgelegten zwölf Naherholungsgebiete auch noch mit den jeweiligen Umsetzungsmassnahmen ausgestattet würden.

Verkehr

VO Einleitung

V1 Gesamtverkehr

In den Stellungnahmen zu diesem grundsätzlichen Kapitel kommen die sehr unterschiedlichen politischen Grundhaltungen, vor allem im Bereich des motorisierten Individualverkehrs, zum Ausdruck. Die politischen Positionen der einzelnen Parteien und Verbände sind aus den zahlreichen öffentlichen Diskussionen zur Verkehrspolitik bekannt und werden deshalb hier nicht nochmals wiedergegeben.

Verschiedentlich wurde eine „fehlende Strategie“ bemängelt. Dem ist entgegenzuhalten, dass die konzeptionellen und strategischen Grundlagen auch für die gesamte Verkehrsthematik vorgängig der Richtplanerarbeitung in den „Grundzügen der räumlichen Entwicklung“ festgelegt und bereits 2006 vom Stadtparlament beschlossen worden sind.

V2 Öffentlicher Verkehr (ÖV)

Anbindung Flugplatz St.Gallen-Altenrhein

Die ÖV-Anbindung des Flugplatzes St.Gallen-Altenrhein wurde mehrheitlich als nicht prioritär betrachtet. Da diese Forderung jedoch eine politische Vorgabe des Stadtparlamentes gemäss den Grundzügen der räumlichen Entwicklung war, wird diese Aussage nicht geändert.

St.Fiden als Fernverkehrshalt

Praktisch durchgehend wurde der Fernverkehrshalt St.Fiden als nicht prioritär betrachtet. Entsprechend wird der Richtplan diesbezüglich angepasst.

Zusätzliche Haltestellen auf dem Schienennetz

Diverse Rückmeldungen forderten „zusätzliche Haltestellen“ auf dem Normalspur-Schienennetz. Die vorhandenen Streckenkapazitäten im Raum St.Gallen sind dafür jedoch zu gering. Bereits für den vorgesehenen Angebotsausbau (dichter Takt bei gleichbleibender Anzahl Haltestellen) sind diverse Ausbauten auf dem Schienennetz notwendig. Zudem wird



angesichts des dichten Busnetzes in der Stadt auch der Kosten-Nutzen-Effekt durch zusätzliche Haltestellen als ungünstig beurteilt.

Eigentrassierung ÖV-Hauptkorridor

Die meisten Eingaben begrüßen die ÖV-Eigentrassierung. Jedoch soll diese Massnahme (je nach politischer Richtung) nicht zulasten von Bäumen entlang den Strassen, des Langsamverkehrs (LV), des motorisierten Individualverkehrs (MIV) oder durch Häuserabbruch erfolgen. Eine Änderung des Richtplanes ist jedoch aufgrund dieser kontroversen Stellungnahmen nicht gegeben. Es ist Sache der Interessenabwägung bei den einzelnen Projekten, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Unterirdische ÖV-Verbindung Bahnhofplatz – Kreuzbleiche (Bustunnel)

Die Eingaben zum Bustunnel sind eher kritisch. Insbesondere wird (zu Recht) kritisiert, dass der Koordinationsstand nicht dem Stand „Zwischenergebnis“ entspricht. Die Massnahme wird daher als „Vororientierung“ zurückgestuft.

Option St. Galler Tram

Die Prüfung dieses Fahrzeugsystems wird weitestgehend, die Umsetzung mehrheitlich unterstützt. Kritische Eingaben wurden insbesondere bezüglich des Bedarfs und der Kosten geäussert. Es besteht nach der Beurteilung des Stadtrates aber kein Grund, vom eingeschlagenen Weg abzuweichen. Der Richtplantext bleibt unverändert.

V3 Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Engpassbeseitigung A1

Das Thema der Engpassbeseitigung wird umfassend und sehr kontrovers angesprochen. Die Stellungnahmen entsprechen den bekannten jeweiligen politischen Positionen. Der Richtplantext wird abgesehen von Aktualisierungen nicht angepasst. Entsprechend dem ausdrücklichen Wunsch des Stadtparlamentes im Zusammenhang mit der Genehmigung der „Grundzüge der räumlichen Entwicklung“ und auch entsprechend der grossen Bedeutung für die Stadt St.Gallen hat die Thematik aber ohnehin für den Stadtrat einen hohen Stellenwert. Derzeit prüft der Bund bekanntlich verschiedene Varianten für die Engpassbeseitigung, ein Variantenentscheid ist noch nicht gefallen.

Teufener Strasse

Für die Achse Teufener Strasse wird eine Verkehrslösung in Form eines Strassentunnels gefordert. Ein solcher Tunnel wird jedoch aus Kosten-/ Nutzen-Überlegungen nicht weiterverfolgt und somit auch nicht in den Richtplan aufgenommen.



Strassenraumgestaltung

Die vorgeschlagenen Strassenraumgestaltungen werden begrüsst. Zusätzlich besteht vereinzelt der Wunsch, dass weitere Abschnitte umgestaltet werden. Die im Richtplanentwurf enthaltenen Strassenraumgestaltungen wurden auf Grund der verkehrlichen und städtebaulichen Anforderungen (Zentrumsbereiche) festgelegt. Bei den zusätzlichen - im Rahmen der Mitwirkung vorgeschlagenen Abschnitten - handelt es sich um keine eigentlichen Strassenraumgestaltungen im Sinne der Richtplanung, sondern eher um Vorschläge im Hinblick auf kommende Strassensanierungen. Sie sollen dort, wenn zweckmässig und möglich, berücksichtigt werden.

V4 Parkierung

Parkplätze entlang Hauptstrassen entfernen

Die Massnahme wird aus der Sicht ÖV / LV / Gestaltung unterstützt, hingegen werden teilweise Bedenken bezüglich der Auswirkungen für das Gewerbe und die Quartiere (Wohnungen ohne Parkplätze) geäussert.

Park&Ride

Für die Verbesserung von P+R sind verschiedene, unterschiedliche Lösungsvorschläge eingegangen. Aus Sicht der Stadt und der Region sollen die P+R-Anlagen wie im Richtplanentwurf vorgesehen ausserhalb des Zentrums, in den umliegenden Gemeinden angeboten werden.

V5 Langsamverkehr (LV)

Im Bereich LV werden neben grundsätzlichen Statements auch viele konkrete Massnahmen angeregt. Die richtplanrelevanten Massnahmen wurden dabei weitgehend übernommen. Kleinere Schwachstellen bzw. Massnahmenvorschläge werden in die konkrete Umsetzungsplanung aufgenommen.

Unterführungen

Es wird gefordert, dass die bestehenden Unterführungen sukzessive aufzuheben sind. Der Wunsch nach oberirdischen statt unterirdischen Querungen ist verständlich. Von Seiten der Stadt werden die Unterführungen periodisch auf ihre Zweckmässigkeit und Notwendigkeit untersucht. Dabei sind der Verkehrsfluss und die Wartezeiten der Verkehrsteilnehmenden mit und ohne Unterführung zu berücksichtigen.

Busspur – Benutzung

Beim Thema der Mitbenutzung der Busspur durch die Velofahrenden zeigt sich in den Stellungnahmen ein sehr gespaltenes Bild. Das Vorgehen der Stadt – nämlich die Prüfung im konkreten Fall ohne generelle Festlegung – dürfte daher weiterhin richtig sein.



V6 Verkehrsmanagement

Privilegierung ÖV / Minimierung Wartezeit LV / Begrenzung MIV- Rückstau

Die Privilegierung des ÖV sowie die Minimierung der Wartezeiten LV wird in fast allen Eingaben unterstützt. Zusätzlich wird teilweise eine Verbesserung der Bevorzugung des LV gefordert. Gleichzeitig wird (vereinzelt) der Wunsch nach flüssigem Verkehr aufgeführt.

Der Richtplan-Text gibt den Zielkonflikt der unterschiedlichen Ansprüche wieder und setzt die Prioritäten zugunsten des ÖV und LV, weshalb keine Anpassung notwendig ist.

A1-Rampenbewirtschaftung

Die Rampenbewirtschaftung wird mehrheitlich abgelehnt. Einzelne Eingaben sehen in dieser Massnahme des Bundes - allerdings in Kombination mit einem Tieftempokzept auf den Hauptverkehrsstrassen - auch eine Chance.

Ein Tieftempokzept auf den Hauptverkehrsstrassen wird u.a. aufgrund der negativen Folgen für den ÖV vom Stadtrat nicht unterstützt. Der Richtplan wird aber so angepasst, als der Forderung nach vermehrter Einflussnahme beim Bund gegen eine Rampenbewirtschaftung entsprochen wird.

Fahrtenmodelle / Nutzungseinschränkungen

Die Mehrheit der Eingaben äussert sich positiv zu Fahrtenmodellen bzw. Nutzungseinschränkungen. Es ergeben sich keine Anpassungen am Richtplantext.

Road Pricing

Die Eingaben für und gegen Road Pricing halten sich in etwa die Waage.

Anhang 1: Planerische Intensivgebiete

Vorgehen und Methodik

Die Planerischen Intensivgebiete (PIG) werden im Allgemeinen als geeignetes Instrument zur Priorisierung der Stadtentwicklung betrachtet. Bemängelt wird der teilweise enge Perimeter. In der Richtplanüberarbeitung wurde deshalb auf eine Festlegung von Perimetern verzichtet, die PIG-Gebiete sollen immer im Kontext mit den anschliessenden Gebieten betrachtet werden. Es ist in den nachfolgenden Planungen zu klären, welches Gebiet genau einzubeziehen ist.

PIG Schochengasse/Haldenhof

Das planerische Intensivgebiet «Schochengasse/Haldenhof» wurde ausschliesslich aufgrund des geplanten Anschlusses der A1-Spange entwickelt. Im Vergleich zu anderen PIG ist der



Koordinationsbedarf mit Planung aus unterschiedlichen Fach- oder Sachbereichen eher gering. Das PIG wird deshalb aus dem Anhang zum Richtplan entfernt.

PIG Bahnareal St.Fiden/ Spinnereistrasse

Die im Rahmen der Siedlungserweiterung vorgeschlagene Überdeckung der Gleisanlagen wird neu in die Handlungsfelder und Planungsanweisungen des PIG aufgenommen. Mit einer Teilüberdeckung der Gleisanlagen zwischen der Splügen- und Buchenbrücke würde eine grossflächige Erweiterung für urbanes Wohnen und/oder Arbeiten entstehen. Dazu sind Abklärungen vorzunehmen, die Aufschluss über Machbarkeit und Kosten-Nutzen geben sowie die städtebauliche und verkehrliche Einpassung aufzeigen.

PIG Gübsensee und PIG Landschaftsraum Nord-Ost

Die planerischen Intensivgebiete „Gübsensee“ und „Landschaftsraum Nord-Ost“ sind identisch mit dem gleichnamigen Landschaftsentwicklungsgebieten (L3.2), weshalb auf diese PIG's verzichtet wird.

Ergänzungsvorschläge

In mehreren Eingaben wurden zusätzliche PIG's vorgeschlagen. Auf die Berücksichtigung wurde nach der entsprechenden Prüfung aber verzichtet:

Vorschlag	Beurteilung
Lerchenfeld (Dreieck Lerchenfeld-EMPA-Bahnhof Haggen):	Das Gebiet im engeren Bereich Lerchenfeld weist verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten auf, die z.Z. bearbeitet werden. Für die Ausscheidung eines PIG's im gesamten Gebiet ist aber das Entwicklungspotential zu kleinflächig.
Platztor/St.Jakob-Strasse bis Olma-Gelände	Ist bereits in PIG St.Jakob-/Sonnen-/Steinach- und Rorschacher Strasse enthalten.
Pic-o-Pello-Platz	Kein erhöhter Koordinationsbedarf, sehr kleine Fläche. Kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.
Lokremise / Fachhochschule / Hauptbahnhof / St.Leonhard-Strasse / Bahnhofstrasse / Poststrasse / Union / Blumenbergplatz / Rosenbergstrasse / Palace / Platztor	Durch verschiedene (laufende und bestehende Planungen) geprägtes Gebiet. Kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.



Gewerbegebiet Walenbüchel-Fürstenlandstrasse	Das Gebiet weist wenig Potential auf. Kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung
Schiltacker	Laufende Planungen im Gange, kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung
Gebiet der Schützenwiese (Weiherweid)	Laufende Planungen im Gange, kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung
Quartierzentrum Riethüsli	Keine erhöhter Koordinationsbedarf bzw. laufende Planung im Rahmen der Durchmesserlinie. Kein Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.
Quartierzentrum St.Georgen	Keine erhöhter Koordinations- und Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.
Quartierzentrum Rotmonten	Keine erhöhter Koordinations- und Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.
St.Jakob-Strasse, Rorschacher Strasse und Zürcher Strasse	Bereits in PIG enthalten (Lachen, St.Jakob-/Sonnen-/Steinach- und Rorschacher Strasse, Brauerstrasse/Neudorf)
Naturräume rund um die Stadt	Keine erhöhter Koordinations- und Handlungsbedarf auf Ebene Richtplanung.
Gebiete im Talboden innerhalb der Bauzonen	Zu grosses, nicht definiertes Gebiet. Vorgeschlagene PIG setzen bereits Entwicklungsschwerpunkte.

St.Gallen, 19. Dezember 2011

